

Mainz, 12.12.2024

## **Haushaltsbegleitantrag 1789/2024 zur Stadtratssitzung am 16.12.2024**

### **Ausgaben senken, Bürger entlasten – Zeit für einen verantwortungsvollen Haushalt!**

Die Ampel-Mehrheit aus Grünen, SPD und FDP in Mainz hat das, was von den Biontech-Milliarden nach dem Schuldenabbau übriggeblieben ist, zu einem großen Teil für ideologische Projekte verschwendet. Warnungen davor, dass der Geldsegen nur von kurzer Dauer sein würde, wollte man nicht hören. Der Finanzdezernent hat zudem die Möglichkeit, die vorhandenen Illusionen durch eine rechtzeitige und realistische Finanzprognose zu zerstören, nicht genutzt.

Laut Verwaltungsvorschlag vom 11. November 2024 sollen die Personal- und Versorgungskosten 2025 um rund 31 % höher sein als 2020, der Fehlbedarf bei den Leistungen der sozialen Sicherung sogar um rund 54 %. Durch diese ausufernden Sozial- und Personalkosten befindet sich der Haushalt der Stadt Mainz in einem strukturellen Defizit, das allein auf kommunaler Ebene nicht mehr zu bewältigen ist.

Trotzdem müssen von der Stadt Mainz alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Neuverschuldung zu begrenzen. Dies muss allerdings vor allem auf der Ausgabenseite geschehen und nur nachrangig auf der Einnahmenseite. In der augenblicklichen Situation lassen sich daher viele wünschenswerte Maßnahmen nicht realisieren und müssen aufgeschoben werden, bis sich die Finanzlage der Stadt wieder gebessert hat.

#### **Mainz hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem!**

Der Stadtrat möge daher beschließen:

#### **1. Grundsteuer senken – Mieter entlasten**

Der Grundsteuerhebesatz wird nicht erhöht, sondern so gesenkt, dass trotz Grundsteuerreform Aufkommensneutralität erreicht wird. Dies bedeutet für Mainz nach der Antwort auf die AfD-Anfrage 1403/2024 einen Hebesatz von 400 Punkten und damit eine Steuerentlastung für Mieter, Eigentümer und Gewerbetreibende von 20.848.000 € gegenüber dem Verwaltungsentwurf.

## **2. Asylkosten senken – Abschiebeoffensive starten**

- 2.1. Mainz verkündet einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge und weist neu zugewiesene Flüchtlinge ab. Dies ist angesichts der desolaten Finanzlage der Stadt sowie angesichts des Wohnungsmangels zwingend notwendig. Vorbehaltlich einer Nachberechnung der Stadtverwaltung gehen wir davon aus, dass das veranschlagte kommunale Defizit bei den „Hilfen für Asylbewerber“ von 19.014.034 € durch diese Maßnahme um 10 Millionen € gesenkt werden kann.
- 2.2. Die Stadt Mainz erhebt Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz aufgrund unzureichender Finanzierung der Asylkosten mit dem Ziel eines vollständigen Ausgleichs (Vollkostenerstattung).
- 2.3. Mainz streicht alle freiwilligen Leistungen für Nicht-EU-Bürger. Aufgrund der Antwort auf die AfD-Anfrage Nr. 0167/2024 gehen wir (vorbehaltlich einer Nachberechnung der Stadtverwaltung) von einem Einsparvolumen von mehr als 3 Millionen € aus.
- 2.4. Bei der Beschaffung von Wohncontainern etwa für Flüchtlinge werden Preisprüfungen durchgeführt, um Wucher zu unterbinden. Hierzu kann und muss die Preisprüfungsstelle der ADD konsequent genutzt werden.
- 2.5. Die Stadt führt einen „Rückführungsbeauftragten“ ein, welcher Abschiebungen koordiniert und beschleunigt. Mainz braucht eine Abschiebeoffensive!

## **3. Kulturbetrieb verschlanken – linksgrüne Ideologieprojekte stoppen**

- 3.1. Die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit werden um die Hälfte gekürzt, was etwa 900.000 € einspart.
- 3.2. Die Förderung des Staatstheaters wird um ein Drittel gekürzt. Hierdurch werden etwa 5,2 Millionen € eingespart.
- 3.3. Die Zuschüsse zum „Christopher Street Day“ sowie sämtliche Veranstaltungen im Bereich des „Gender Mainstreamings“ werden ersatzlos gestrichen. Hierdurch können 7.000 € sowie 25.500 € eingespart werden.
- 3.4. Die Gelder für Mitgliedschaften der Stadt in Vereinen wird um 20 % gekürzt. Insbesondere sollen zur Erreichung dieses Zieles die Mitgliedschaften beim „Sicheren Hafen“ des Vereins „Seebrücke“ sowie dem „Rainbow Cities Network“ beendet bzw. nicht weitergeführt werden.
- 3.5. Die Finanzierung des „Open Ohr Festivals“ wird ersatzlos gestrichen.

## **4. Teure Klimaprojekte beenden**

Die Aufwendungen für die Energie- und Umweltberatungen und den Klimaschutz werden um die Hälfte gekürzt, dies bedeutet ein Einsparvolumen von etwa 550.000 €.

## **5. Musk macht es vor: Bürokratie abbauen – Verwaltung verschlanken**

- 5.1. Die Personal- und Versorgungskosten werden so gedeckelt, dass sie – ausgehend vom Haushaltsplan 2024 – nur noch jedes Jahr um 2 % steigen. Das bedeutet für 2025 Personalkosten von rund 274,1 Millionen € statt 279,2 Millionen € wie im Verwaltungsentwurf und damit eine Einsparung von 5,1 Millionen €.
- 5.2. Um der verschlechterten Finanzlage Rechnung zu tragen, wird die Nutzung von Fördergeldern so schnell wie möglich wieder beantragt und in Anspruch genommen.
- 5.3. Als Beitrag zur Personalkostenreduktion wird die Zahl der Dezernate auf fünf reduziert.
- 5.4. Der Fuhrpark des Stadtvorstandes wird aufgelöst. Entsprechende Verträge werden zeitnah beendet. Der Fuhrpark wird durch Dienstfahräder sowie die Möglichkeit der Nutzung von Carsharing ersetzt. In begründeten Einzelfällen kann auf Mietwagen zurückgegriffen werden.
- 5.5. Nach US-amerikanischem Vorbild führt die Stadt Mainz einen „D.O.G.E.“-Beauftragten ein, welcher Vorschläge zur Reduzierung der Personal- und Verwaltungskosten sowie der Haushaltskosten insgesamt erarbeitet. Die Stelle wird auf maximal zwei Jahre begrenzt.

## **6. Großsporthalle effizient finanzieren**

Die seit langem geplante Großsporthalle wird in das Investitionsprogramm für die Jahre 2026 - 2029 mit ihren Gesamtkosten aufgenommen, damit eine Eröffnung im Jahr 2029 möglich ist. Die Gesamtkosten werden durch Planungsänderungen von 63.329.625 € auf 55 Millionen € reduziert. Von diesen 55 Millionen € sollen mindestens 60 % durch öffentliche Förderung und privates Sponsoring finanziert werden. Es verbleiben 22 Millionen € für die Stadt Mainz, für die eine Kreditermächtigung gegeben wird.

Arne Kuster  
Fraktionsvorsitzender

F. d. R. Benjamin Steiner  
Fraktionsgeschäftsführer